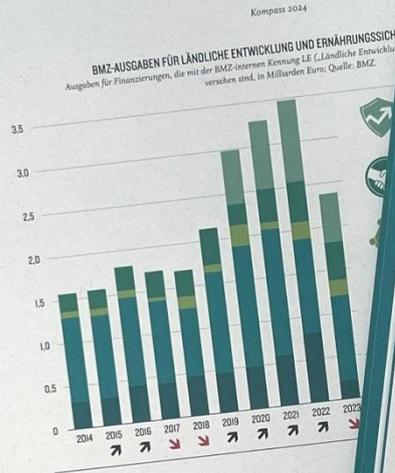
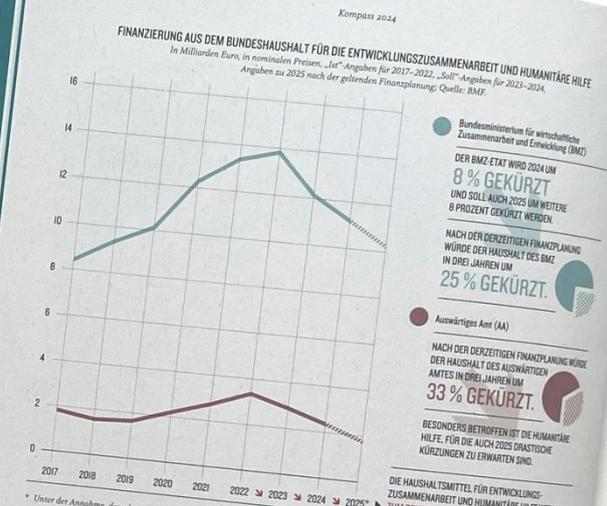


Zur Wirklichkeit der deutschen
Entwicklungspolitik

**KO
PA**



Menschen zu erhöhen und damit die Gefahr aufkeimender Konflikte zu vermindern. Die durch die Blockade der Getreideexporte aus der Ukraine ausgelöste Nahrungsmittelpreiskrise hat deutlich gemacht, wie wichtig funktionierende Weltmärkte für die globale Ernährungsversorgung sind. Zudem hat sie einmal mehr gezeigt, wie dringend notwendig es ist, einen



Finanzministerium für die Ressortwider erwarten keine angepassten Eckwerte öffentlich kommuniziert. In der Presse kursieren Meldungen aus inoffiziellen Quellen, die besagen, dass die tatsächlichen Sparvorgaben noch strenger sind.

eignisse und gewaltsamer Konflikte bedeutet das eine drastische Einschränkung der Reaktionsfähigkeit der deutschen humanitären Hilfe. Als bisher zweitgrößter Geber hat Deutschland in diesem Bereich

Mitteln de facto noch weniger finanziert werden kann als zuvor. Und es wird nicht möglich sein, 2024 die international vereinbarte ODA-Quote von 0,7 Prozent zu erreichen.

STELLUNGNAHME

Die Haushaltskürzungen gehen zu Lasten der von Hunger betroffenen Menschen

Mit dem Haushaltsentwurf 2025 konterkariert die Bundesregierung die Anstrengungen zur Überwindung von Hunger und Mangelernährung in der Welt.

Berlin, 9. September 2024

Im Ringen um knappe Haushaltsmittel haben entwicklungspolitische und humanitäre Aufgaben des Auswärtigen Amtes (AA) und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eindeutig das Nachsehen. Der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2025 sieht beispiellose Kürzungen bei der humanitären Hilfe (-53%) und der Entwicklungszusammenarbeit (-8%) vor. Diese Kürzungen tragen dazu bei, dass der Haushalt einerseits innerhalb des zulässigen Schuldenniveaus bleibt und andererseits ohne die Inanspruchnahme einer Notklausel innerhalb des festgelegten finanziellen Rahmens bleibt. Dennoch müssen die außergewöhnlichen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine, die zum großen Teil aus den Haushalten der beiden Ministerien stammen, weiterhin getätigt werden. Auch die immer lauter werdenden Rufe nach einer Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit an deutschen Wirtschaftsinteressen können dazu führen, dass die Haushaltskonsolidierung vor allem zu Lasten der Überwindung von Hunger, Armut und Ungleichheit geht.

Dabei steigt die Zahl der von Hunger betroffenen Menschen stetig an¹, und die Welt ist nicht auf Kurs, um die globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) zu erreichen. Es kann nicht der Anspruch einer „Fortschrittkoalition“ sein, sich von der Vision einer Welt ohne Armut und Hunger zu distanzieren.

Humanitäre Hilfe zu kürzen gefährdet Menschenleben

Seit Beginn des Jahrhunderts sind mehr Menschen vertrieben worden als je zuvor. Die Vereinten Nationen schätzen, dass im Jahr 2024 etwa 299 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen sein werden. Dennoch konnten 2023 weniger Menschen erreicht werden als 2022 – die Zahl sank von 157 auf 143 Millionen. In Ländern wie Sudan, Südsudan, Burkina Faso und Jemen drohen Menschen zu verhungern, weil die Nahrungsmittelhilfe aufgrund fehlender finanzieller Mittel gekürzt werden musste². In dieser Lage die Mittel für humanitäre Hilfe zu halbieren, setzt ein Signal des Rückzugs in Zeiten großer Not.

Es ist wichtig zu betonen, dass die Mehrheit der Menschen, die derzeit humanitäre Hilfe benötigen, in soge-

nannten Langzeitkrisen lebt. Das bedeutet, eine zunehmende Mehrheit der Bedürftigen (83%) lebt in Ländern, für die die Vereinten Nationen seit mindestens fünf Jahren in Folge einen Hilfsappell veröffentlicht habenⁱⁱⁱ. **Die Vorstellung, dass humanitäre Hilfe nur eine kurzfristige Reaktion auf unvorhersehbare Krisen darstellt, ist daher falsch.** Das politische Engagement zur Lösung der andauernden Konflikte und zur Stärkung der Verantwortung der nationalen Regierungen gegenüber der Bevölkerung ist von entscheidender Bedeutung. Parallel braucht es aber eine verzahnte Umsetzung von humanitären und Entwicklungsmaßnahmen, damit die Resilienz der Bevölkerung gestärkt werden kann. Allerdings wird der entsprechende Haushaltstitel im Etat des BMZ „Krisenbewältigung, Wiederaufbau und Infrastruktur“ zum zweiten Jahr in Folge massiv gekürzt (2024 um 16%, 2025 um 38%).

Auch die Vorstellung, dass im Falle einer größeren Krise kurzfristig zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten, geht am Anspruch vorbei, die Mittel möglichst effektiv und effizient einzusetzen. Eine humanitäre Krise wirft Menschen in ihrer Entwicklung immer zurück, da die Betroffenen oft gezwungen sind, ihre Lebensgrundlagen zu opfern. Sie verbrauchen oder verkaufen ihre produktiven Vermögenswerte (z.B. ihr Vieh) und müssen bei Ernährung, Bildung und Gesundheitsversorgung Abstriche machen. Gleichzeitig breiten sich vermeidbare Krankheiten häufiger aus, das Bankensystem gerät ins Wanken und bringt die Wirtschaft zum Erliegen. Gravierend kommt hinzu, dass die Unterbrechung der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung zu Ernteausfällen führt. So wird Ernährungssicherheit kurz-, mittel- und langfristig gefährdet. In dem Bestreben, die Verluste zu reduzieren, geht die humanitäre Hilfe derzeit zu antizipatorischen Ansätzen über. **Durch die Anwendung von Prognosemodellen und die Vorsorge gegen vorhersehbare Schocks können Schäden - und damit auch Kosten - bereits im Vorfeld minimiert werden^{iv}.** Im Rahmen der G7 hat sich Deutschland 2022 verpflichtet, 5% der Ausgaben für humanitäre Hilfe für diese vorausschauenden Maßnahmen einzusetzen. Mit den geplanten Kürzungen im Etat des Auswärtigen Amtes schmilzt dieser Beitrag und auch die angestrebten Vorteile. Insgesamt gilt: Je besser die Verfügbarkeit von Mitteln vorhersehbar und planbar ist, desto effizienter und nachhaltiger kann Humanitäre Hilfe gestaltet werden.

Darüber hinaus unterstreicht der moderne Ansatz der humanitären Hilfe die Lokalisierung, die es ermöglicht, die lokalen Kapazitäten und Kenntnisse bei der Krisenreaktion zu nutzen. Unplanbare einmalige Auszahlungen sind jedoch kontraproduktiv, wenn es darum geht, die Strukturen der lokalen Partner zu stärken. Zudem bringt die rasche Abwicklung zusätzliche Kosten mit sich. Darüber hinaus stellt sich die Frage, nach welchen Kriterien die unplanmäßigen humanitären Mittel bereitgestellt werden.

Zudem besteht die Gefahr, dass die Zuweisung von Mitteln in hohem Maße von der öffentlichen Aufmerksamkeit abhängt. Dabei erhalten viele sogenannte vergessene Krisen keine Medienaufmerksamkeit, die aber für die Generierung privater Spenden dringend notwendig ist, weshalb gerade hier die öffentliche Finanzierung von größter Bedeutung ist.

Das internationale humanitäre System und demokratische internationale Foren werden geschwächt

Laut OCHA hat Deutschland im Jahr 2023 11% der weltweiten humanitären Hilfe geleistet^v. Die wiederholten Kürzungen der Mittel für humanitäre Hilfe in den Jahren 2024 und 2025 werden eine große Lücke hinterlassen, die wahrscheinlich nicht aus anderen Quellen geschlossen werden kann. **Durch den unilateralen Rückzug Deutschlands wird das Problem der geringen Geberbasis für humanitäre Hilfe noch weiter verstärkt.** Vielmehr könnte ein solches Verhalten das internationale Engagement Deutschlands untergraben und einen Dominoeffekt auslösen. Das humanitäre System beruht auf einem breiten Konsens, funktioniert durch etablierte Institutionen und verfügt über ausgearbeitete Prozesse^{vi}. Es wäre falsch, Humanitäre Hilfe nur als eine Frage des Wohlwollens und damit als beliebige oder verzichtbare Ausgabe zu betrachten. Sie ist vielmehr eine strukturierte Reaktion über etablierte Kanäle zur Verwirklichung grundlegender Menschenrechte und globaler Nachhaltigkeitsziele, zu denen sich die internationale Gemeinschaft verpflichtet hat.

Die Mittel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden gemeinsam mit Partnerländern eingesetzt, um im Sinne der Agenda 2030 den Schutz öffentlicher Güter wie des Klimas, die Förderung gerechten globalen Wohlstands und den Ressourcenschutz zu stärken. Neben der Vision gemeinsamer politischer Ziele, wie z.B. Lieferketten nachhaltig zu gestalten, gehört auch die Bereitstellung entsprechender Mittel zu einer fairen Partnerschaft zwischen Nord und Süd.

Ein weiteres Beispiel ist die Transformation der Ernährungssysteme zum Wohle der Menschen, des Planeten und für einen angemessenen Lebensstandard. 2020 hat sich Deutschland gemeinsam mit vielen anderen Regierungen verpflichtet, diese zu beschleunigen und zu vertiefen. Doch nach derzeitiger Planung wird die „Sonderinitiative Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme“ im Etat des BMZ auf das Niveau von 2019 reduziert. Dabei werden diese Mittel eingesetzt, um z.B. weltweit fruchtbare Böden vor Erosion zu schützen, klimarelevante Innovationen in der Landwirtschaft zu fördern oder auch landwirtschaftliche Betriebe zu unterstützen, die Teil der für Deutschland wichtigen Lieferketten sind.

Trotz gegenteiliger Behauptungen ist die Entwicklungszusammenarbeit bei der Überwindung von Hunger und Unterernährung nicht erfolglos oder gar ratlos. Zahlreiche

Forschungsergebnisse weisen auf eine Reihe von Maßnahmen hin, die Hunger und Unterernährung deutlich und nachhaltig reduzieren können, insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft, Infrastruktur, Bildung und soziale Sicherheit^{vii}. In einem Umfeld, in dem privates Kapital die Kosten für Forschung und Innovation sowie das Risiko eines möglichen Scheiterns nur schwer tragen kann, bieten Entwicklungskooperationen durch zukunftsweisende Programme die Möglichkeit, viele dieser Maßnahmen anzuschieben. So investiert die Welthungerhilfe z.B. in die Entwicklung von biologischen Pflanzenschutzmitteln oder digitalen Plattformen, die Angebot und Nachfrage nach landwirtschaftlicher Ausrüstung zusammenbringen. Entwicklungszusammenarbeit kann zum Aufbau fehlender Infrastruktur beitragen, Wissenstransfer ermöglichen und dadurch Produzent*innen im globalen Süden in die Lage versetzen, sich in globale Wertschöpfungsketten zu integrieren. **Eine Einschränkung ist jedoch die Höhe der Finanzmittel, die noch nie im Verhältnis zu den Zielen stand und oft nicht den Zusagen entsprach^{viii}.**

Die weltweiten Ausgaben für die Entwicklungsfinanzierung (*official development assistance*, ODA) haben sich nie den 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) angenähert, die in den 1970er Jahren als notwendig erachtet wurden, um die wirtschaftliche Entwicklungslücke allmählich zu schließen. Tatsächlich lag die globale ODA 2023 bei 0,37% der wirtschaftlichen Leistung der OECD-Länder^{ix}. Auch Deutschland hat das 0,7%-Ziel in der Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit nur fünfmal erreicht. Der Verpflichtung gegenüber den am wenigsten entwickelten Ländern (Least Developed Countries, LDC), 0,2% des BNE für deren wirtschaftliche Entwicklung zu investieren, ist Deutschland noch nie nachgekommen.

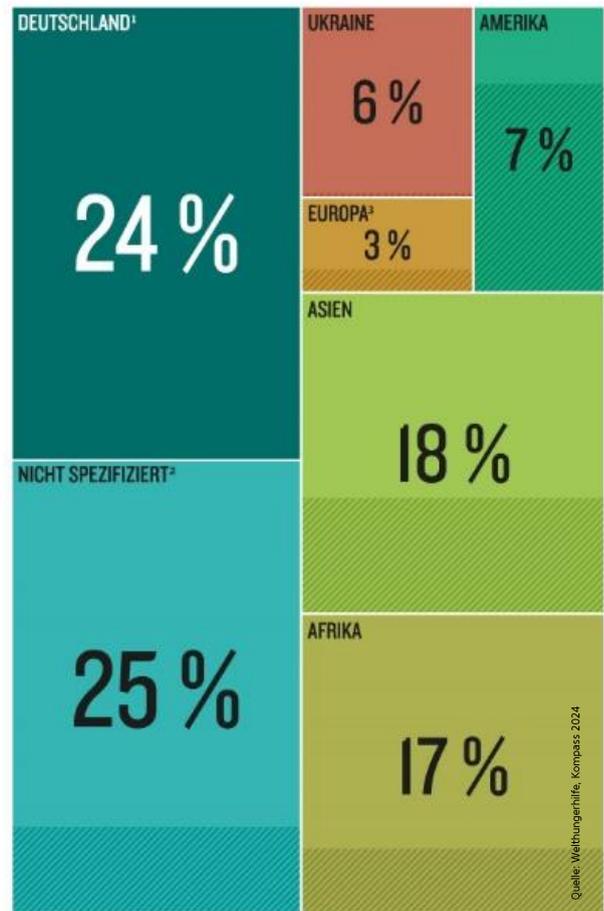
Zudem sind die ODA-Zahlen durch die umfangreiche Zurechnung von Ausgaben innerhalb der Geberländer selbst verzerrt, insbesondere durch die Ausgaben für die Unterbringung von Geflüchteten. 2023 wurden 24% der Deutschen ODA in Deutschland selbst verausgabt^x. **Es ist an der Zeit, die ODA-Statistiken zu reformieren**, um die wahren Dimensionen der Finanzströme zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden abzubilden und entsprechend anzupassen.

Die Untätigkeit verursacht erhebliche Kosten

Wir befinden uns bereits in einer Situation, in der wir mit steigenden Kosten für humanitäre Maßnahmen konfrontiert sind, die durch die langfristige Vernachlässigung der Finanzierung von Entwicklungs- und Klimaschutzmaßnahmen bedingt sind.

Die G7 verpflichtete sich 2015 in Elmau, 500 Millionen Menschen aus dem Hunger zu befreien, und bekräftigte diese Verpflichtung im Jahr 2022. Im Jahr 2020 beliefen sich die geschätzten Kosten für die Umsetzung dieser Verpflichtung bis 2030 global auf etwa 12 Milliarden USD pro Jahr; **im Jahr 2024 stiegen die geschätzten Kosten auf etwa 27 Milliarden USD pro Jahr, was zu einem großen Teil auf die unzureichenden Investitionen in**

GEOGRAFISCHE AUFTEILUNG BILATERALER DEUTSCHER ODA IM JAHR 2022
Nach Ausschlüssen. Quelle: OECD-DAC (CRS).



Ernährungssicherung in den vergangenen Jahren zurückzuführen ist^{xi}.

Insbesondere die Maßnahmen zur Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel sind zeitkritisch. Eine frühzeitige Vermeidung von Bodenerosion und Biodiversitätsverlust ist unabdingbar, da einmal entstandene Schäden kaum wieder rückgängig zu machen sind. Bei einem ungebremsten Fortschreiten beider Prozesse verlieren nicht nur Landwirt*innen vielerorts ihre Existenzgrundlage, es droht auch eine Überschreitung der sogenannten planetaren Grenzen (Stabilität des globalen Ökosystems). Andererseits kann die Landwirtschaft als Kohlenstoffsénke wirken und dadurch einen großen zusätzlichen Nutzen für die Eindämmung des Klimawandels erbringen. Ein weiterer Aspekt der dringend notwendigen Klimaanpassung sind Investitionen in Forschung und Innovation im Bereich resistenter Pflanzen und angepasster landwirtschaftlicher Praktiken, die zu einer höheren Produktion auf weniger Fläche führen - diese Investitionen zahlen sich mehrfach aus, brauchen aber im Durchschnitt mehr als ein Jahrzehnt Forschungszeit, um Früchte zu tragen^{xii}.

Eine Verzögerung bei der Bekämpfung von Hunger und Unterernährung verteuert nicht nur die Erreichung der Ziele, sondern verursacht auch hohe versteckte Kosten. Diese Kosten sind insbesondere auf Produktivitätsverluste

und Kosten für die Gesundheitsversorgung zurückzuführen. Weltweit sind etwa 150 Millionen Kinder durch Unterernährung von Wachstumsverzögerung betroffen^{xiii}, was sich im Laufe ihres Lebens auf ihren Bildungserfolg und ihr Einkommen auswirken wird. **Jedes Jahr, in dem Kinder unterernährt sind, beraubt sie ihrer Zukunftschancen - und die Welt ihres Wirtschafts- und Wissenspotenzials.** In wissenschaftlichen Studien werden diese versteckten Kosten auf 10-12 Billionen USD pro Jahr geschätzt^{xiv}.

Hinzu kommen politische Stabilität und menschliche Sicherheit. **Es gibt Belege dafür, dass eine unzureichende Unterstützung lokaler Gemeinschaften bei Krisen soziale Spannungen, Konflikte um Land und begrenzte Ressourcenverstärken kann^{xv}.** So erhöht beispielsweise die unzureichende Reaktion auf die Bedürfnisse von geflüchteten Menschen aus dem Sudan und der lokalen Gemeinschaften in der Zentralafrikanischen Republik, im Tschad und in Äthiopien, das Risiko einer regionalen Destabilisierung.

Politische Forderungen:

Der Deutsche Bundestag sollte sich dafür einsetzen, dass im Etat des AA:

- Die Mittel für Humanitäre Hilfe mindestens auf das Niveau von 2024 (2,2 Milliarden Euro) zurückgesetzt werden.
- Die Bereitstellung ausreichender und planbarer Mittel für vorausschauende humanitäre Maßnahmen sichergestellt ist. Die Bundesregierung sollte dabei mindestens ihrer Selbstverpflichtung nachkommen, 5% der Mittel für humanitäre Hilfe für vorausschauende humanitäre Maßnahmen bereitzustellen und diese Ausgaben mindestens auf dem Niveau von 2024 zu hal-

ten. Weiter sollte die 5%-Zielvorgabe kontinuierlich erhöht werden.

- Bei der Bereitstellung von Barmitteln und Verpflichtungsermächtigungen für humanitäre Hilfsmaßnahmen berücksichtigt ist, dass in Langzeitkrisen ein langfristiges Engagement erforderlich ist und die Lokalisierung humanitärer Hilfe nur durch planbare Ausgaben gefördert werden kann.
- Die Mittel für Krisenprävention mindestens auf dem Niveau von 2024 (400 Millionen) gehalten werden.

Der Deutsche Bundestag sollte sich dafür einsetzen, dass im Etat des BMZ:

- Der Haushaltstitel Krisenbewältigung, Wiederaufbau und Infrastruktur auf 1,2 Milliarden Euro erhöht wird.
- Die Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben privater deutscher Träger mindestens auf dem Niveau von 2024 (227 Millionen Euro) gehalten wird.
- Die Mittel für die Sonderinitiative Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme mindestens auf dem Niveau von 2024 (420 Millionen Euro) gehalten werden.
- Durch politische Prioritätensetzung dazu beigetragen wird, dass die Investitionen in ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Ernährungssicherung im gesamten Etat des Ressorts nicht unter 3,5 Milliarden Euro sinkt.

Für weitere Informationen und Rückfragen:

Justyna Szambelan

Senior Policy Advisor, Policy and External Relations Unit

Tel.: +49 (0) 30 288749 19

Email: justyna.szambelan@welthungerhilfe.de

Deutsche Welthungerhilfe e.V.

Friedrich-Ebert-Straße 1, 53173 Bonn, Tel.: 0228 22 88-400

ⁱ FAO ; IFAD ; UNICEF ; WFP ; WHO, 2024: [The State of Food Security and Nutrition in the World 2024](#)

ⁱⁱ OCHA, 2024: [Global Humanitarian Overview 2024, Mid-Year Update](#)

ⁱⁱⁱ Development Initiatives, 2023: [Global Humanitarian Assistance Report 2023](#)

^{iv} WFP, 2024: [Global Report on Food Crises 2024](#)

^v OCHA, 2024: [Financial Tracking Service](#)

^{vi} Sonja Hövelmann, 2021: [Introduction to the international humanitarian system](#)

^{vii} ZEF, 2024: [Cost of Ending Hunger – Consequences of Complacency, and Financial Needs for SDG2 Achievement](#)

^{viii} UNCTAD, 2023: [The Least Developed Countries Report 2023](#)

^{ix} OECD, 2024: [International aid rises in 2023 with increased support to Ukraine and humanitarian needs](#)

^x WHH, 2024: [Kompass 2024: zur Wirklichkeit der deutschen Entwicklungspolitik](#)

^{xi} ZEF, 2024: [Cost of Ending Hunger – Consequences of Complacency, and Financial Needs for SDG2 Achievement](#)

^{xii} Nature: [Agricultural R&D is on the move](#)

^{xiii} UNICEF & WHO, 2023: [Levels and trends in child malnutrition: UNICEF / WHO / World Bank Group Joint Child Malnutrition Estimates: Key findings of the 2023 edition](#)

^{xiv} ZEF, 2024: [Cost of Ending Hunger – Consequences of Complacency, and Financial Needs for SDG2 Achievement](#)

^{xv} FAO, 2024: [The State of Food Security and Nutrition in the World 2024](#)